

**JU**Junge Union Deutschlands
Landesverband Bremen

Antrag C3

1 **Humanistischen Politikpraxis als Alternative zur Quotenregelung**

2 **EntschlieÙung**

3 Um die Gleichheit aller Menschen in der praktischen Politik zukunftsgewandt zu realisieren,
4 beschließt die Junge Union:

- 5 • Parteiämter dürfen nicht nach Quoten, welche auf Geburtseigenschaften basieren,
6 vergeben werden, sondern allein auf Grundlage der Abschätzung relevanter Kompetenzen
- 7 • Förderung der humanistischen Bildung muss politisches Kernziel bleiben
- 8 • Klares Bekenntnis zu humanistischen Werten, insbesondere der Wertgleichheit aller
9 Menschen und dazu, dass allein die relevanten Entscheidungen, die beobachtbare
10 Leistungsfähigkeit und das erkennbare Potential von Personen Grundlage einer
11 unterscheidenden Beurteilung selbiger sein dürfen
- 12 • Klares Bekenntnis dazu, Diskriminierung jeder Art, auch positiver Diskriminierung,
13 politisch entgegenzutreten:
 - 14 ◦ Aus Geburtseigenschaften (bspw. physische Beschaffenheit, Sexualität oder
15 Identifikation mit einem beliebigen Konzept) dürfen sich in keinem Lebensbereich
16 Privilegien ableiten
 - 17 ◦ Ausnahmen gelten lediglich für ärztlich diagnostizierte Krankheiten und
18 Behinderungen

19 **Begründung**

20 Da Quotenregelungen nicht nur Eingang in die Politik auf Bundesebene gefunden haben, sondern
21 auch in den Programmentwurf für das Parteiprogramm der CDU, ist es für die Junge Union
22 dringend geboten, Stellung zu beziehen. Anders als jene, welche Verteilungs- statt
23 Chancengerechtigkeit anstreben, sieht der aufgeklärte, humanistisch gebildete Mensch, dass es
24 sich hierbei historisch erwiesen um einen Irrweg handelt. Menschen beispielsweise danach zu
25 unterscheiden, wie oder wo sie geboren sind oder wen sie lieben, ist in einer modernen,
26 freiheitlichen Gesellschaft abwegig. Nicht nur Diskriminierung im Sinne des Ausschlusses von
27 Privilegien und Opportunitäten ist abzulehnen, sondern auch positive Diskriminierung, da diese
28 faktisch zur Benachteiligung jener führt, welche nicht über festgelegte Zufallseigenschaften

Antrag C3

29 (Herkunft, Geschlecht, etc.) verfügen. Die Junge Union muss sich klar gegen derartige Praktiken
30 positionieren, da diese inhärent ungerecht sind und den meritokratischen Prinzipien unserer
31 Leistungsgesellschaft widersprechen. Hinzu kommt, dass die letztendlich inhaltslosen politischen
32 Konflikte, welche sich um selbige Quoten und Zufallseigenschaften, statt um Inhalte und
33 Kompetenz drehen, beliebig viel politisches Kapital binden können. Dieses wird jedoch dringend
34 zur Lösung tatsächlicher, gesellschaftlicher Probleme benötigt wird.

35 Quotenregelungen können nur im Rahmen einer zeitlich befristeten Anpassungsphase akzeptiert
36 werden und dies auch nur, sofern institutionelle Hindernisse oder erhebliche Probleme der
37 Realisierung gesellschaftlich oder wirtschaftlich relevanten Potentials in einer Bevölkerungsgruppe
38 festgestellt werden. Eine solche befristete Anpassungsphase sollte immer mit der Umsetzung eines
39 Konzeptes zur Behebung selbiger Problematik einhergehen. Weiterhin betrifft jener Grundsatz der
40 humanistischen Gleichbehandlung aller Menschen nicht jene, die objektiv auf die Rücksicht,
41 Solidarität und/oder Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind, also eine relevant und einschlägig
42 einschränkende Erkrankung oder Behinderung nachweisen können.

43 Bei Annahme soll dieser Antrag auch auf dem Deutschlandtag gestellt werden.